

364.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages samt Notenwechseln wird genehmigt.

Abkommen zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen in deren Amtssitzen im Internationalen Zentrum Wien samt Notenwechseln

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH, DEN VEREINTEN NATIONEN UND DER INTERNATIONALEN ATOMENERGIE-ORGANISATION ÜBER DIE ERRICHTUNG UND VERWALTUNG EINES GEMEINSAMEN FONDS ZUR FINANZIERUNG GRÖßERER REPARATUREN UND ERNEUERUNGEN IN DEREN AMTSSITZEN IM INTERNATIONALEN ZENTRUM WIEN

AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA, THE UNITED NATIONS AND THE INTERNATIONAL ATOMIC ENERGY AGENCY REGARDING THE ESTABLISHMENT AND ADMINISTRATION OF A COMMON FUND FOR FINANCING MAJOR REPAIRS AND REPLACEMENTS AT THEIR HEADQUARTERS SEATS AT THE VIENNA INTERNATIONAL CENTRE

In Anbetracht des Umstandes, daß die Bundesregierung der Republik Österreich (im folgenden „die Regierung“ genannt), die Vereinten Nationen (im folgenden „VN“ genannt) und die Internationale Atomenergie-Organisation (im folgenden „IAEO“ genannt) den Wunsch haben, einen Gemeinsamen Fonds zum Zwecke der Bestreitung der Auslagen für größere Reparaturen und Erneuerungen in den Amtssitzen der Organisationen im Internationalen Zentrum Wien zu errichten;

Sind die Republik Österreich, die VN und die IAEO (im folgenden „die Vertragsparteien“ genannt) wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien errichten hiemit einen Gemeinsamen Fonds zum Zwecke der Bestreitung der Kosten für größere Reparaturen und Erneuerungen von Gebäuden, Anlagen und technischen Installationen, die sich im Eigentum der Regierung befinden und Bestandteil der Amtssitzbereiche bilden, die in den Abkommen über die gemeinsamen Amtssitzbereiche und die entsprechenden Amtssitze der IAEO, der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung und anderer Ämter der VN vom 28. September, 20. September und 28. September 1979 festgelegt wurden.

Artikel 2

(1) Unter entsprechender Berücksichtigung der Grundsätze:

- a) daß die VN und die IAEO auf eigene Kosten für den sachgemäßen Betrieb und die angemessene Wartung der Gebäude und

BEARING IN MIND that the Federal Government of the Republic of Austria (hereinafter referred to as “the Government”) and the United Nations (hereinafter referred to as “the UN”) and the International Atomic Energy Agency (hereinafter referred to as “the IAEA”) are desirous of establishing a common fund for the purpose of meeting the expenses for major repairs and replacements at the headquarters seats of the organizations at the Vienna International Centre;

The Republic of Austria, the United Nations and the International Atomic Energy Agency (hereinafter referred to as “the Parties”) have agreed as follows:

Article 1

The Parties hereby establish a common fund, for the purpose of meeting the cost of major repairs and replacements of buildings, facilities and technical installations, which are the property of the Government and form part of the headquarters areas defined in the Agreements regarding the common headquarters areas and the respective headquarters seats of the IAEA, and the United Nations Industrial Development Organization and other offices of the UN dated respectively 28 September, 20 September and 28 September 1979.

Article 2

(1) Having due regard to the principles:

- (a) that the UN and the IAEA shall be responsible at their own expense for the orderly operation and adequate maintenance

Anlagen und der darin befindlichen Installationen, die Bestandteil der Amtssitzbereiche bilden, verantwortlich sind; ebenso für kleinere Reparaturen und Erneuerungen mit dem Zweck, diese in einwandfreier Betriebsfähigkeit zu erhalten; ferner für Reparaturen und Erneuerungen, die durch unsachgemäßen Betrieb und durch unzureichende Wartung notwendig werden können; und

- b) daß die Regierung auf eigene Kosten Reparaturen und Erneuerungen an Gebäuden, Anlagen und Installationen durchführt, die durch höhere Gewalt oder durch fehlerhaftes Material, fehlerhafte Planung oder fehlerhafte Arbeit, die im Verantwortungsbe- reich der Regierung gelegen sind, notwendig werden;

wird eine Reparatur oder eine Erneuerung angesehen als:

- (i) eine größere, wenn sie nicht wiederkehrender Natur ist, wobei auch ihre Kosten berücksichtigt werden, und die Wirkung hat, die Lebensdauer wesentlicher Bestandteile von Gebäuden, Anlagen und technischen Installationen, die Teil der Amtssitzbereiche bilden, zu erneuern oder bedeutend zu verlängern;
- (ii) eine kleinere, wenn sie wiederkehrender Natur und notwendig ist, um während der Lebensdauer die einwandfreie Betriebsfähigkeit von Gebäuden, Anlagen und technischen Installationen, die Teil der Amtssitzbereiche bilden, sicherzustellen.

(2) Für Zwecke dieses Artikels werden sich die Regierung, die VN und die IAEO auf eine vorläufige Liste der wesentlichen Bestandteile einigen, welche sie im Lichte der Erfahrung abändern können.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei trägt US-\$ 33.333,— pro Kalenderjahr zu dem Gemeinsamen Fonds bei; der Betrag ist im Jänner zu bezahlen.

(2) Ausgaben für größere Reparaturen und Erneuerungen in irgendeinem Kalenderjahr werden in gleichen Teilen von den Vertragsparteien im darauffolgenden Jahr dem Fonds unter der Bedingung rückerstattet, daß

- a) weder die VN noch die IAEO in irgendeinem Kalenderjahr verhalten sind, eine

nance of the buildings and facilities forming part of the headquarters areas, and of installations located therein; for minor repairs and replacements for the purpose of keeping them in good working order; and for any repairs and replacements which may be made necessary by faulty operation and inadequate maintenance; and

- (b) that the Government shall carry out at its own expense repairs and replacements of buildings, facilities and installations made necessary by force majeure or by faulty material, design or labour used within the responsibility of the Government in their construction;

a repair or replacement shall be deemed:

- (i) to be major if it is of a non-recurring nature, taking into account also its cost, and has the effect of renewing or significantly extending the life span of main elements of buildings, facilities and technical installations forming part of the headquarters areas;
- (ii) to be minor if it is of a recurring nature and is required in order to ensure, during the life span, the good working order of buildings, facilities and technical installations forming part of the headquarters areas.

(2) For the purposes of this Article the Government, the UN and the IAEO shall agree on a provisional list of main elements which they may modify in the light of experience.

Article 3

(1) Each Party shall contribute US \$ 33.333 to the common fund in each calendar year, to be paid in January.

(2) Disbursements made for major repairs and replacements during any calendar year shall be reimbursed into the fund in equal shares by the Parties during the subsequent calendar year, provided that

- (a) neither the UN nor the IAEO shall be required in respect of any one calendar

Gesamtzahlung gemäß diesem und dem vorhergehenden Absatz von mehr als je US-\$ 225.000,— zu leisten, und

- b) die Regierung von dem Betrag, welchen sie als ihren Anteil gemäß diesem Absatz zu zahlen hat, den Betrag, den sie im vorhergehenden Jahr gemäß Absatz (3) bevorschußt hat, abziehen kann.

(3) Die Regierung bevorschußt den Teil der Kosten von in irgendeinem Kalenderjahr durchgeführten größeren Reparaturen und Erneuerungen, welcher die finanziellen Mittel des Gemeinsamen Fonds in jenem Jahr übersteigt. Der Vorschuß wird im Jahr der Kostenentstehung in den Gemeinsamen Fonds eingezahlt.

Jedenfalls kommt die Regierung für denjenigen Teil der Kosten in irgendeinem Kalenderjahr auf, der über die finanziellen Verbindlichkeiten der VN und der IAEO hinausgeht.

(4) Einnahmen, die durch Anlage von Mitteln des Fonds entstehen sowie sonstige Einnahmen, wie Preisnachlässe und allfällige Schenkungen, fallen dem Gemeinsamen Fonds für den in Artikel 1 erwähnten Zweck zu.

Artikel 4

Der Gemeinsame Fonds wird mit 1. Jänner 1981 wirksam.

Artikel 5

(1) Die Verfügungsgewalt über den Gemeinsamen Fonds steht den Vertragsparteien gemeinschaftlich zu. Ein Gemeinsamer Ausschuß verwaltet den Gemeinsamen Fonds.

(2) Der Ausschuß entscheidet im besonderen auf der Grundlage von in Artikel 2 enthaltenen Kriterien, ob eine Reparatur oder eine Erneuerung als eine größere Reparatur oder Erneuerung, die vom Fonds finanziert wird, anzusehen ist. Weiters entscheidet der Ausschuß über Antrag einer Vertragspartei auf Grund von technischen und wirtschaftlichen Überlegungen, ob eine Reparatur oder wahlweise eine Erneuerung mit Auswirkung auf den Gemeinsamen Fonds durchgeführt wird. Der Ausschuß entscheidet auch über Anlage von Mitteln des Gemeinsamen Fonds, über die Vorgangsweise bei Verwendung der Mittel und bei der Buchhaltung.

(3) Der Ausschuß besteht aus je einem Vertreter der Vertragsparteien, die Berater zuziehen können.

(4) Der Ausschuß gibt sich seine eigene Geschäftsordnung. Beschlüsse benötigen die Zustimmung aller Vertragsparteien.

year to make a total payment under this and the preceding paragraph in excess of US \$ 225.000 each, and

- (b) the Government may deduct from the amount to be paid as its share under this paragraph any amount that it has paid by way of advance in the previous year under paragraph (3).

(3) The Government shall advance that portion of the cost of major repairs and replacements carried out in any one calendar year which exceeds the amount available from the common fund in that year. The advance shall be paid to the common fund in the year in which such cost is incurred.

In any event, the Government shall be financially liable to meet that portion of the cost, in any one calendar year, which may exceed the financial liability of the UN and the IAEA.

(4) Income earned by investment of funds comprising the common fund and miscellaneous income, such as discounts and possible donations, shall accrue to the common fund and shall be available for the purpose referred to in Article 1.

Article 4

The common fund shall become operative on 1 January 1981.

Article 5

(1) The authority over the common fund shall be vested jointly in the Parties. A Joint Committee shall administer the common fund.

(2) The Committee shall in particular decide, on the basis of criteria given in Article 2 above, on whether a repair or a replacement shall be considered as a major repair or replacement to be charged to the common fund. Furthermore, upon the request of any Party, the Committee shall decide, on technical and economic grounds, on whether a repair or, alternatively, a replacement affecting the common fund shall be undertaken. The Committee shall also decide on investment of the common fund, the procedure for making dispositions from the fund and for accounting.

(3) The Committee shall consist of one representative of each of the Parties who may be accompanied by advisers.

(4) The Committee shall establish its own rules of procedure. Decisions shall require the consent of all the Parties.

Artikel 6

Meinungsverschiedenheiten, die aus der Verwaltung des Gemeinsamen Fonds sowie aus der Auslegung oder Durchführung dieses Abkommens entstehen, werden dem Streitschlichtungsverfahren in der gleichen Weise zugeführt, wie es in dem Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen über den Amtssitz der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung und anderer Ämter der Vereinten Nationen im Internationalen Zentrum Wien vom 19. Jänner 1981 sowie im Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den Amtssitz der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 11. Dezember 1957 festgelegt ist.

Artikel 7

Die Obergrenze der jährlichen finanziellen Verbindlichkeiten der VN und der IAEA gemäß Artikel 3, Absatz 2 lit. a wird durch die Vertragsparteien nach fünf Jahren des Bestehens des Gemeinsamen Fonds im Lichte der Erfahrung bei der Durchführung dieses Abkommens und/oder im Lichte vereinbarter Pläne für größere Reparaturen und Erneuerungen überprüft.

Artikel 8

(1) Zehn Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens werden die Vertragsparteien die Bedingungen, unter welchen der Gemeinsame Fonds weiterbestehen soll, überprüfen. Dabei wird auf die Grundsätze, daß eine Obergrenze für die jährlichen Verbindlichkeiten der VN und der IAEA besteht und daß diese Obergrenze der Abänderung unterliegt, entsprechend Bedacht genommen.

(2) Zu jenem Zeitpunkt und danach in fünfjährigen Abständen werden die Vertragsparteien nötigenfalls die Obergrenze abändern, um die Erfahrung in der Durchführung dieses Abkommens, im besonderen die tatsächlichen Kosten für größere Reparaturen und Erneuerungen, vereinbarte Pläne für größere Reparaturen und Erneuerungen, Preissteigerungen und Wechselkursschwankungen zu berücksichtigen.

(3) Dieses Abkommen tritt im Verhältnis zu den VN oder der IAEA im Falle eines Außerkrafttretens des entsprechenden Sitzabkommens vom 19. Jänner 1981 außer Kraft. Im Falle einer derartigen Beendigung werden die verbleibenden Vertragsparteien einander konsultieren, um zu entscheiden, ob das Abkommen zwischen ihnen, vorbehaltlich erforderlicher Änderungen, in Kraft bleibt.

Article 6

Disputes arising from the administration of the common fund as well as from the interpretation or implementation of this Agreement shall be settled in the same manner as provided for in the Agreement between the Republic of Austria and the United Nations Regarding the Headquarters Seat of the United Nations Industrial Development Organization and other United Nations offices at the Vienna International Centre dated 19 January 1981, and in the Agreement between the Republic of Austria and the International Atomic Energy Agency Regarding the Headquarters of the International Atomic Energy Agency dated 11 December 1957, respectively.

Article 7

The ceiling on the annual financial liability of the UN and the IAEA specified in Article 3 (2) (a) above shall be reexamined by the Parties after five years of operation of the common fund, in the light of experience in the implementation of this Agreement and/or agreed plans for major repairs and replacements.

Article 8

(1) Ten years after the entry into force of this Agreement, the Parties shall review the terms on which the common fund shall continue, with due regard to the principles that there shall be a ceiling on the annual financial liability of the UN and the IAEA and that this ceiling shall be revised.

(2) At that time and at five-yearly intervals thereafter, the Parties shall revise that ceiling, as may be necessary, to take account of experience in the implementation of this Agreement, in particular the actual costs of major repairs and replacements, agreed plans for major repairs and replacements, inflation and currency fluctuations.

(3) This Agreement shall cease to be in force with respect to the UN or the IAEA if the respective headquarters seat agreement dated 19 January 1981 is terminated. In the event of such termination the remaining Parties shall consult to determine whether the Agreement shall continue in force for them, subject to any necessary amendments.

Artikel 9

Dieses Abkommen tritt mit 1. Jänner 1981 in Kraft, vorbehaltlich einer Mitteilung der Regierung an die VN und die IAEA, daß das von der österreichischen Bundesverfassung vorgesehene Verfahren abgeschlossen wurde.

Geschehen in Wien, am 19. Jänner 1981, in dreifacher Urschrift in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Republik Österreich:

Willibald P. Pahr m. p.

Für die Vereinten Nationen:

Helmut Debatin m. p.

Untergeneralsekretär für Verwaltung, Finanzen und Verwaltungsorganisation

Für die Internationale Atomenergie-Organisation:

Sigvard Eklund m. p.

Der Bundesminister für
Auswärtige Angelegenheiten

Wien, am 19. Jänner 1981

Sehr geehrter Herr Generalsekretär!

Ich beehre mich, auf das heute unterfertigte Abkommen zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung von größeren Reparaturen und Erneuerungen in deren Amtssitzen im Internationalen Zentrum Wien Bezug zu nehmen.

Das obgenannte Abkommen enthält in Artikel 6 eine Bestimmung über die Streitschlichtung, die folgenden Wortlaut hat:

„Meinungsverschiedenheiten, die aus der Verwaltung des Gemeinsamen Fonds sowie aus der Auslegung oder Durchführung dieses Abkommens entstehen, werden dem Streitschlichtungsverfahren in der gleichen Weise zugeführt, wie es in dem Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen über den Amtssitz der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung und anderer Ämter der Vereinten Nationen im Internationalen Zentrum Wien vom 19. Jänner 1981 sowie im Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den Amtssitz der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 11. Dezember 1957 festgelegt ist.“

Es ist die Auffassung der österreichischen Regierung, daß für den Fall, daß eine Meinungs-

Article 9

This Agreement shall enter into force on 1 January 1981, subject to a notification from the Government to the UN and the IAEA that the procedural requirements under the Austrian constitution have been fulfilled.

DONE at Vienna, in triplicate, in the English and German languages, both texts being equally authentic, on this nineteenth day of January one-thousand nine hundred and eighty one.

For the Republic of Austria:

Willibald P. Pahr m. p.

For the United Nations:

Helmut Debatin m. p.

Under-Secretary-General for Administration, Finance and Management

For the International Atomic Energy Agency:

Sigvard Eklund m. p.

verschiedenheit dem Streitschlichtungsverfahren im Einklang mit der obgenannten Bestimmung zugeführt wird, die folgende Vorgangsweise Anwendung findet:

1. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen allen Vertragsparteien würde bezüglich der Zusammensetzung des Schiedsgerichtes die gleiche Vorgangsweise Anwendung finden wie in Artikel II des heute unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation gemeinsamen Amtssitzbereich im Internationalen Zentrum Wien festgelegt ist.

2. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Republik Österreich auf der einen Seite und den Vereinten Nationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation auf der anderen würde die in Artikel XIII des heute unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen über den Amtssitz der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung und anderer Ämter der Vereinten Nationen im Internationalen Zentrum Wien bzw. die in Abschnitt 51 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den Amtssitz der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 11. Dezember 1957 niedergelegte Vorgangsweise zur Anwendung kommen.

Sollte diese Auffassung von den Vereinten Nationen geteilt werden, beehre ich mich vorzu-

schlagen, daß diese Note und Ihre bestätigende Antwort ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen darstellen, vorbehaltlich einer nachfolgenden gesonderten Mitteilung an Sie über die Durchführung des von der österreichischen Bundesverfassung vorgesehenen Verfahrens.

Eine gleichlautende Note wird an die Internationale Atomenergie-Organisation gerichtet.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Willibald P. Pahr

S. E.
Herrn Dr. Kurt Waldheim
Generalsekretär der
Vereinten Nationen
New York

(Übersetzung)

UNITED NATIONS

VEREINTE NATIONEN

Vienna, 19 January 1981

Wien, am 19. Jänner 1981

Sir,

I am directed by the Secretary-General to refer to your note of 19 January 1981 which in the English translation reads as follows:

„I have the honour to refer to the Agreement signed today between the Republic of Austria, the United Nations and the International Atomic Energy Agency regarding the Establishment and Administration of a Common Fund for Financing Major Repairs and Replacements at their Headquarters Seats at the Vienna International Centre.

The above mentioned Agreement contains in its Article 6 a provision regarding the settlement of disputes, which reads as follows:

‘Disputes arising from the administration of the common fund as well as from the interpretation or implementation of this Agreement shall be settled in the same manner as provided for in the Agreement between the United Nations and the Republic of Austria regarding the Headquarters Seat of the United Nations Industrial Development Organization and other United Nations Offices at the Vienna International Centre dated 19 January 1981, and the Agreement between the International Atomic Energy Agency and the Republic of Austria regarding the Headquarters of the International Atomic Energy Agency dated 11 December 1957, respectively.’

It is the understanding of the Austrian Government that in the event a dispute is submitted to arbitration in accordance with the above mentioned provision, the following procedure would apply:

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Der Generalsekretär hat mich beauftragt, auf Ihre Note vom 19. Jänner 1981 Bezug zu nehmen, die in englischer Übersetzung folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, auf das heute unterfertigte Abkommen zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung von größeren Reparaturen und Erneuerungen in deren Amtssitzen im Internationalen Zentrum Wien Bezug zu nehmen.

Das obgenannte Abkommen enthält in Artikel 6 eine Bestimmung über die Streitschlichtung, die folgenden Wortlaut hat:

„Meinungsverschiedenheiten, die aus der Verwaltung des Gemeinsamen Fonds sowie aus der Auslegung oder Durchführung dieses Abkommens entstehen, werden dem Streitschlichtungsverfahren in der gleichen Weise zugeführt, wie es in dem Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen über den Amtssitz der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung und anderer Ämter der Vereinten Nationen im Internationalen Zentrum Wien vom 19. Jänner 1981 sowie im Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den Amtssitz der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 11. Dezember 1957 festgelegt ist.’

Es ist die Auffassung der österreichischen Regierung, daß für den Fall, daß eine Meinungsverschiedenheit dem Streitschlichtungsverfahren im Einklang mit der obgenannten Bestimmung zugeführt wird, die folgende Vorgangsweise Anwendung findet:

1. In the event of a dispute involving all parties to the Agreement the same procedure regarding composition of the tribunal would apply as is provided for in Article II of the Agreement between the United Nations, the International Atomic Energy Agency and the Republic of Austria regarding the Headquarters Area Common to the United Nations and the International Atomic Energy Agency at the Vienna International Centre signed today.

2. In the event of a dispute between the Republic of Austria on the one hand and the United Nations or the International Atomic Energy Agency on the other, the procedure laid down respectively in Article XIII of the Agreement between the United Nations and the Republic of Austria regarding the Headquarters Seat of the United Nations Industrial Development Organization and other United Nations Offices at the Vienna International Centre signed today and in Section 51 of the Agreement between the International Atomic Energy Agency and the Republic of Austria regarding the Headquarters of the International Atomic Energy Agency signed December 11, 1957 would apply.

If the foregoing is acceptable to the United Nations I have the honour to propose that this note and your note of confirmation shall constitute an agreement between the Republic of Austria and the United Nations, subject to a subsequent notification to you that the procedural requirements under the Austrian constitution have been fulfilled.

A similar note is being sent to the International Atomic Energy Agency."

I have the honour to confirm that the above mentioned proposal is acceptable to the United Nations and that your note and this reply shall constitute an agreement between the United Nations and the Republic of Austria.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

Helmut Debatin

Under-Secretary-General for Administration,
Finance and Management

His Excellency
Dr. Willibald P a h r
Federal Minister for Foreign Affairs
Vienna

1. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen allen Vertragsparteien würde bezüglich der Zusammensetzung des Schiedsgerichtes die gleiche Vorgangsweise Anwendung finden, wie in Artikel II des Abkommens zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation gemeinsamen Amtssitzbereich im Internationalen Zentrum Wien festgelegt ist.

2. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Republik Österreich auf der einen Seite und den Vereinten Nationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation auf der anderen würde die in Artikel XIII des heute unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen über den Amtssitz der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung und anderer Ämter der Vereinten Nationen im Internationalen Zentrum Wien bzw. die in Abschnitt 51 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den Amtssitz der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 11. Dezember 1957 niedergelegten Vorgangsweise zur Anwendung kommen.

Sollte diese Auffassung von den Vereinten Nationen geteilt werden, beehre ich mich vorzuschlagen, daß diese Note und Ihre bestätigende Antwort ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen darstellen, vorbehaltlich einer nachfolgenden gesonderten Mitteilung an Sie über die Durchführung des von der österreichischen Bundesverfassung vorgesehenen Verfahrens.

Eine gleichlautende Note wird an die Internationale Atomenergie-Organisation gerichtet."

Ich beehre mich zu bestätigen, daß die Vereinten Nationen diesem Vorschlag zustimmen und daß Ihre Note und diese Antwortnote ein Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Republik Österreich darstellen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, die erneute Versicherung meiner höchsten Wertschätzung.

Helmut Debatin m. p.

Untergeneralsekretär für Verwaltung, Finanzen
und Verwaltungsorganisation

S. E.
Herrn Dr. Willibald P a h r
Bundesminister für
Auswärtige Angelegenheiten
Wien

Der Bundesminister für
Auswärtige Angelegenheiten

Wien, am 19. Jänner 1981

Sehr geehrter Herr Generaldirektor!

Ich beehre mich, auf das heute unterfertigte Abkommen zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung von größeren Reparaturen und Erneuerungen in deren Amtssitzen im Internationalen Zentrum Wien Bezug zu nehmen.

Das obgenannte Abkommen enthält in Artikel 6 eine Bestimmung über die Streitschlichtung, die folgenden Wortlaut hat:

„Meinungsverschiedenheiten, die aus der Verwaltung des Gemeinsamen Fonds sowie aus der Auslegung oder Durchführung dieses Abkommens entstehen, werden dem Streitschlichtungsverfahren in der gleichen Weise zugeführt, wie es in dem Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen über den Amtssitz der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung und anderer Ämter der Vereinten Nationen im Internationalen Zentrum Wien vom 19. Jänner 1981 sowie im Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den Amtssitz der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 11. Dezember 1957 festgelegt ist.“

Es ist die Auffassung der österreichischen Regierung, daß für den Fall, daß eine Meinungsverschiedenheit dem Streitschlichtungsverfahren im Einklang mit der obgenannten Bestimmung zugeführt wird, die folgende Vorgangsweise Anwendung findet:

1. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen allen Vertragsparteien würde bezüglich der Zusammensetzung des Schiedsgerichtes die gleiche Vorgangsweise Anwendung finden, wie in Artikel II des heute unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich, den Vereinten

Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation gemeinsamen Amtssitzbereich im Internationalen Zentrum Wien festgelegt ist.

2. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Republik Österreich auf der einen Seite und den Vereinten Nationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation auf der anderen würde die in Artikel XIII des heute unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen über den Amtssitz der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung und anderer Ämter der Vereinten Nationen im Internationalen Zentrum Wien bzw. die in Abschnitt 51 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den Amtssitz der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 11. Dezember 1957 niedergelegte Vorgangsweise zur Anwendung kommen.

Sollte diese Auffassung von der Internationalen Atomenergie-Organisation geteilt werden, beehre ich mich vorzuschlagen, daß diese Note und Ihre bestätigende Antwort ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation darstellen, vorbehaltlich einer nachfolgenden gesonderten Mitteilung an Sie über die Durchführung des von der österreichischen Bundesverfassung vorgesehenen Verfahrens.

Eine gleichlautende Note wird an die Vereinten Nationen gerichtet.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Generaldirektor, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Willibald P. Pahr

Herrn
Dr. Sigvard Eklund
Generaldirektor der
Internationalen Atomenergie-Organisation
Wien

(Übersetzung)

INTERNATIONAL ATOMIC ENERGY AGENCY

Vienna, 19 January 1981

Sir,

I have the honour to refer to your note of 19 January 1981, which, in the English language, reads as follows:

"I have the honour to refer to the Agreement signed today between the Republic of

INTERNATIONALE ATOMENERGIE-ORGANISATION

Wien, am 19. Jänner 1981

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Ich beehre mich, auf Ihre Note vom 19. Jänner 1981 Bezug zu nehmen, die in englischer Übersetzung folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, auf das heute unterfertigte Abkommen zwischen der Republik Österreich,

Austria, the United Nations and the International Atomic Energy Agency regarding the Establishment and Administration of a Common Fund for Financing Major Repairs and Replacements at their Headquarters Seats at the Vienna International Centre.

The above mentioned Agreement contains in its Article 6 a provision regarding the settlement of disputes, which reads as follows:

'Disputes arising from the administration of the Common Fund as well as from the interpretation or implementation of this Agreement shall be settled in the same manner as provided for in the Agreement between the International Atomic Energy Agency and the Republic of Austria regarding the Headquarters of the International Atomic Energy Agency dated 11 December 1957, and in the Agreement between the United Nations and the Republic of Austria regarding the Headquarters Seat of the United Nations Industrial Development Organization and other United Nations offices at the Vienna International Centre dated January 19, 1981, respectively.'

It is the understanding of the Austrian Government that in the event a dispute is submitted to arbitration in accordance with the above-mentioned provision, the following procedure would apply:

1. In the event of a dispute involving all parties to the Agreement the same procedure regarding composition of the tribunal would apply as is provided for in Article II of the Agreement between the Republic of Austria, the United Nations and the International Atomic Energy Agency regarding the Headquarters Area Common to the United Nations and the International Atomic Energy Agency at the Vienna International Centre signed today.

2. In the event of a dispute between the Republic of Austria on the one hand and the United Nations or the International Atomic Energy Agency on the other, the procedure laid down respectively in Article XIII of the Agreement between the Republic of Austria and the United Nations regarding the Headquarters Seat of the United Nations Industrial Development Organization and other United Nations offices at the Vienna International Centre signed today and in Section 51 of the Agreement between the Republic of Austria and the International Atomic Energy Agency regarding the Headquarters of the International Atomic Energy Agency signed 11 December 1957, would apply.

den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung von größeren Reparaturen und Erneuerungen in deren Amtssitzen im Internationalen Zentrum Wien Bezug zu nehmen.

Das obgenannte Abkommen enthält in Artikel 6 eine Bestimmung über die Streitschlichtung, die folgenden Wortlaut hat:

'Meinungsverschiedenheiten, die aus der Verwaltung des Gemeinsamen Fonds sowie aus der Auslegung oder Durchführung dieses Abkommens entstehen, werden dem Streitschlichtungsverfahren in der gleichen Weise zugeführt, wie es in dem Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen über den Amtssitz der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung und anderer Ämter der Vereinten Nationen im Internationalen Zentrum Wien vom 19. Jänner 1981 sowie im Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den Amtssitz der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 11. Dezember 1957 festgelegt ist.'

Es ist die Auffassung der österreichischen Regierung, daß für den Fall, daß eine Meinungsverschiedenheit dem Streitschlichtungsverfahren im Einklang mit der obgenannten Bestimmung zugeführt wird, die folgende Vorgangsweise Anwendung findet:

1. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen allen Vertragsparteien würde bezüglich der Zusammensetzung des Schiedsgerichtes die gleiche Vorgangsweise Anwendung finden, wie in Artikel II des Abkommens zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation gemeinsamen Amtsbereich im Internationalen Zentrum Wien festgelegt ist.

2. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Republik Österreich auf der einen Seite und den Vereinten Nationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation auf der anderen würde die in Artikel XIII des heute unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen über den Amtssitz der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung und anderer Ämter der Vereinten Nationen im Internationalen Zentrum Wien bzw. die in Abschnitt 51 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den Amtssitz der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 11. Dezember 1957 niedergelegten Vorgangsweise zur Anwendung kommen.

If the foregoing is acceptable to the International Atomic Energy Agency I have the honour to propose that this note and your note of confirmation shall constitute an agreement between the Republic of Austria and the International Atomic Energy Agency, subject to a notification to you that the procedural requirements under the Austrian constitution have been fulfilled.

A similar note is being sent to the United Nations."

I have the honour to confirm that the above mentioned proposal is acceptable to the International Atomic Energy Agency and that your note and this reply shall constitute an agreement between the International Atomic Energy Agency and the Republic of Austria.

Accept, Sir, the assurances of my highest consideration.

Sigvard Eklund
Director General

His Excellency
Minister for Foreign Affairs
Ministry of Foreign Affairs
Ballhausplatz 2
1014 Vienna

Sollte diese Auffassung von der Internationalen Atomenergie-Organisation geteilt werden, beehre ich mich vorzuschlagen, daß diese Note und Ihre bestätigende Antwort ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation darstellen, vorbehaltlich einer nachfolgenden gesonderten Mitteilung an Sie über die Durchführung des von der österreichischen Bundesverfassung vorgesehenen Verfahrens.

Eine gleichlautende Note wird an die Vereinten Nationen gerichtet."

Ich beehre mich zu bestätigen, daß die Internationale Atomenergie-Organisation diesem Vorschlag zustimmt und daß Ihre Note und diese Antwortnote ein Abkommen zwischen der Internationalen Atomenergie-Organisation und der Republik Österreich darstellen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, die Versicherung meiner höchsten Wertschätzung.

Sigvard Eklund m. p.
Generaldirektor

S. E.
Herrn Bundesminister für
Auswärtige Angelegenheiten
Bundesministerium für
Auswärtige Angelegenheiten
Wien

Die Ermächtigung zur Abgabe der in Art. 9 des vorstehenden Abkommens vorgesehenen Mitteilung wurde vom Bundespräsidenten unterzeichnet und vom Bundeskanzler gegengezeichnet; das Vertragswerk ist gemäß derselben Bestimmung am 1. Jänner 1981 in Kraft getreten.

Kreisky

*The Federal Minister
for Foreign Affairs*

Vienna, 20 December 1985

Sirs,

I have the honour to acknowledge receipt of your note of 20 December 1985 which reads as follows:

"With reference to the Exchange of Notes between the United Nations, the International Atomic Energy Agency, the United Nations Industrial Development Organization and the Republic of Austria, extending the existing agreements relating to common areas of the Vienna International Centre for an interim period until the replacement of these agreements by definitive instruments, which took place today, we have the honour to propose that, pending the entry into force of the new definitive instruments, the Protocol of 19 January 1981 regarding the Provisional List of Main Elements referred to in Article 2, paragraph 2 of the Agreement of 19 January 1981 between the Federal Republic of Austria, the IAEA and the United Nations, regarding the Establishment and Administration of a Common Fund for Financing Major Repairs and Replacements at the Vienna International Centre shall continue to apply.

./...

His Excellency	His Excellency	His Excellency
Mowaffak Allaf	Hans Blix	Domingo L. Siazon, Jr.
Director-General	Director-General	Director-General
United Nations	International Atomic	United Nations Industrial
Office at Vienna	Energy Agency	Development Organization
V i e n n a	V i e n n a	V i e n n a

If the Federal Government of the Republic of Austria agrees to this proposal, we have the honour to propose that this Note and your Note of confirmation shall constitute an Agreement between the United Nations, the International Atomic Energy Agency, the United Nations Industrial Development Organization and the Federal Government of the Republic of Austria which shall enter into force, together with the Exchange of Notes between the Republic of Austria, the United Nations, the International Atomic Energy Agency and the United Nations Industrial Development Organization, extending the existing agreements relating to common areas of the Vienna International Centre for an interim period until their replacement by definitive instruments."

I have the honour to confirm that the Federal Government of the Republic of Austria agrees to the above proposal and that your Note and this Note of reply shall constitute an agreement between the Federal Government of the Republic of Austria, the United Nations, the International Atomic Energy Agency and the United Nations Industrial Development Organization which shall enter into force together with the Exchange of Notes between the Republic of Austria, the United Nations, the International Atomic Energy Agency and the United Nations Industrial Development Organization extending the existing agreements relating to common areas of the Vienna International Centre for an interim period until their replacement by definitive instruments.

Accept, Sirs, the assurances of my highest consideration.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. J. ...', is written in a cursive style.

*Der Bundesminister
für Auswärtige Angelegenheiten*

Wien, am 20. Dezember 1985

Exzellenzen !

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 20. Dezember 1985 zu bestätigen, die folgenden Wortlaut hat:

"Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation und der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung über die Anwendbarkeit der bestehenden Abkommen betreffend gemeinsame Bereiche des Internationalen Zentrums Wien für eine Interimsperiode bis zur Ersetzung dieser Abkommen durch endgültige Abkommen, der am heutigen Tag erfolgte, beehren wir uns vorzuschlagen, daß bis zum Inkrafttreten der neuen endgültigen Abkommen das Protokoll vom 19. Jänner 1981 über die vorläufige Liste der wesentlichen Bestandteile gemäß Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens vom 19. Jänner 1981 zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien weiterhin Anwendung findet.

Wenn die Bundesregierung der Republik Österreich diesem Vorschlag zustimmt, beehren wir uns vorzuschlagen, daß diese Note und Ihre bestätigende Antwort ein Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich, den Vereinten Nationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation und der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung darstellen, welches gemeinsam mit dem Notenwechsel zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation und der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung über die Anwendbarkeit der bestehenden Abkommen betreffend gemeinsame Bereiche des Internationalen Zentrums Wien für eine Interimsperiode bis zu deren Ersetzung durch endgültige Abkommen in Kraft tritt."

Ich beehre mich zu bestätigen, daß die Bundesregierung der Republik Österreich diesem Vorschlag zustimmt und daß Ihre Note und diese Antwortnote ein Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich, den Vereinten Nationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation und der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung darstellen, welches gemeinsam mit dem Notenwechsel zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation und der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung über die Anwendbarkeit der bestehenden Abkommen betreffend gemeinsame Bereiche des Internationalen Zentrums Wien für eine Interimsperiode bis zu deren Ersetzung durch endgültige Abkommen in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.



S.E.
Mowaffak A l l a f
Generaldirektor
Büro der Vereinten
Nationen in Wien

W i e n

S.E.
Hans B l i x
Generaldirektor
Internationale
Atomenergie-
Organisation

W i e n

S.E.
Domingo L. S i a z o n jr.
Generaldirektor
Organisation der Vereinten
Nationen für Industrielle
Entwicklung

W i e n

UNITED NATIONS
INTERNATIONAL ATOMIC ENERGY AGENCY
UNITED NATIONS INDUSTRIAL DEVELOPMENT ORGANIZATION

Vienna, 20 December 1985

Sir,

With reference to the Exchange of Notes between the United Nations, the International Atomic Energy Agency, the United Nations Industrial Development Organization and the Republic of Austria, extending the existing agreements relating to common areas of the Vienna International Centre for an interim period until the replacement of these agreements by definitive instruments, which took place today, we have the honour to propose that, pending the entry into force of the new definitive instruments, the Protocol of 19 January 1981 regarding the Provisional List of Main Elements referred to in Article 2, paragraph 2 of the Agreement of 19 January 1981 between the Federal Republic of Austria, the IAEA and the United Nations, regarding the Establishment and Administration of a Common Fund for Financing Major Repairs and Replacements at the Vienna International Centre shall continue to apply.

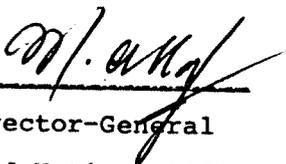
If the Federal Government of the Republic of Austria agrees to this proposal, we have the honour to propose that this Note and your Note of confirmation shall constitute an Agreement between the United Nations, the International Atomic Energy Agency, the United Nations

./...

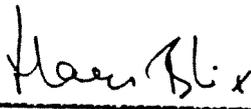
His Excellency
Mag. Leopold Gratz
Federal Minister for Foreign Affairs
Vienna

Industrial Development Organization and the Federal Government of the Republic of Austria which shall enter into force, together with the Exchange of Notes between the United Nations, the International Atomic Energy Agency, the United Nations Industrial Development Organization and the Republic of Austria, extending the existing agreements relating to common areas of the Vienna International Centre for an interim period until their replacement by definitive instruments.

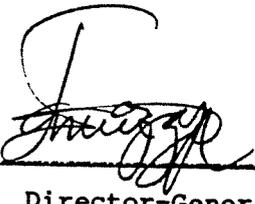
Accept, Sir, the assurances of our highest consideration.



Director-General
United Nations Office
at Vienna



Director-General
International Atomic
Energy Agency



Director-General
United Nations
Industrial
Development
Organization

VEREINTE NATIONEN
INTERNATIONALE ATOMENERGIE-ORGANISATION
ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG

Wien, am 20. Dezember 1985

Exzellenz !

Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation und der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung über die Anwendbarkeit der bestehenden Abkommen betreffend gemeinsame Bereiche des Internationalen Zentrums Wien für eine Interimsperiode bis zur Ersetzung dieser Abkommen durch endgültige Abkommen, der am heutigen Tag erfolgte, beehren wir uns vorzuschlagen, daß bis zum Inkrafttreten der neuen endgültigen Abkommen das Protokoll vom 19. Jänner 1981 über die vorläufige Liste der wesentlichen Bestandteile gemäß Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens vom 19. Jänner 1981 zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien weiterhin Anwendung findet.

Wenn die Bundesregierung der Republik Österreich diesem Vorschlag zustimmt, beehren wir uns vorzuschlagen, daß diese Note und Ihre bestätigende Antwort ein Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich, den Vereinten Nationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation und der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung darstellen, welches gemeinsam mit dem Notenwechsel zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation und der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung

über die Anwendbarkeit der bestehenden Abkommen betreffend
gemeinsame Bereiche des Internationalen Zentrums Wien für eine
Interimsperiode bis zu deren Ersetzung durch endgültige Abkommen in
Kraft tritt.

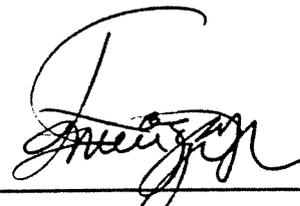
Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck unserer vorzüglichen
Hochachtung.



Generaldirektor
Büro der Vereinten
Nationen in Wien



Generaldirektor
Internationale
Atomenergie-
Organisation



Generaldirektor
Organisation der
Vereinten Nationen für
Industrielle
Entwicklung

S.E.

Leopold G r a t z
Bundesminister für Auswärtige
Angelegenheiten

W i e n